

Geschäftszahl:
2020-0.110.545

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Bereich Gesundheit), 13. Februar 2020

Am 13. Februar 2020 fand in Brüssel eine a.o. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Bereich Gesundheit) statt. Der Rat wurde kurzfristig von der kroatischen Präsidentschaft betreffend die Auswirkungen des Ausbruchs von COVID-19 (Neuartiges Corona Virus) einberufen. Auf der Tagesordnung standen ein Meinungs austausch sowie die Annahme von Ratschlussfolgerungen zu COVID-19. Österreich war durch mich vertreten. Der Vorsitz wurde vom kroatischen Minister für Gesundheit, Vili BEROS, geführt. Die Europäische Kommission (EK) war durch die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, und den Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, vertreten.

Meinungs austausch zu COVID-19

Alle Ministerinnen und Ministern sahen die Notwendigkeit einer starken Koordination auf EU-Ebene v.a. Maßnahmen hinsichtlich Einreisekontrollen bei gleichzeitiger Befolgung der einschlägigen Vorgaben durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Alle Maßnahmen müssten kohärent, abgestimmt, evidenzbasiert, proportional und im Rahmen der Vorgaben der WHO sein, so der Konsens von Europäischer Kommission, WHO, ECDC und der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten. Insbesondere China (CN) sowie allgemein Staaten mit schwachen Gesundheitssystemen, müssten unterstützt werden. Diskriminierung und Stigmatisierung sollen unterbunden werden. Hinsichtlich Vorräten bzw. Verfügbarkeit von Schutzprodukten liege der Fokus auf dem Joint Procurement Agreement OPA), um gemeinschaftliche Einkaufsmaßnahmen durch- und Mittel freizusetzen.

Österreich betonte auf Basis der aktuell noch niedrigen Fallzahlen, dass Vorsicht aber keine Panik geboten sei. Österreich berichtete über die bereits gesetzten Maßnahmen (Befolgung aller diesbezüglichen Empfehlungen von WHO und ECDC, Einreisekontrollen sowie Fragebogen für Direktreisende aus CN, offensive und transparente Information), sowie die für Österreich relevanten Themen: (1) Solidarität gegenüber Staaten mit schwächeren Gesundheitssystemen, (2) Unterbindung von Diskriminierung (3) und

Liefersicherheit von Arzneimitteln. Gerade deshalb, weil ein Verzögerungseffekt zu erwarten sei, ist eine Analyse geboten, um zukünftige Risiken abschätzen zu können. Diesbezüglich forderte Österreich eine europäische Strategie für eine eigenständige Produktion von Arzneimittel in Europa und unterstützte gleichfalls kohärente, abgestimmte und evidenzbasierte Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene. Besonderer Dank wurde noch jenen Ländern zu teil, die bei der Repatriierung von in Österreich ansässigen Personen mitgeholfen haben.

Ratsschlussfolgerungen

Die Ratsschlussfolgerungen konnten unter intensiven Bemühungen des kroatischen Vorsitzes angenommen werden.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Februar 2020

Rudolf Anschober
Bundesminister